

ARBEITSGRUPPE ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK

ADRESSE Postfach 33 04 47, 28334 Bremen TEL 069.26 02 49 50 FAX 069.43 05 17 64
E-MAIL memorandum@t-online.de INTERNET www.memo.uni-bremen.de KONTO
Axel Troost-Sonderkonto, Postbank Hamburg, BLZ 20 010 020, Konto 100 011 203

Memorandum 2009

Von der Krise in den Absturz?

Stabilisierung, Umbau, Demokratisierung

Pressespiegel

Tagespresse:

Frankfurter Rundschau

http://www.fr-online.de/in_und_ausland/wirtschaft/aktuell/?em_cnt=1738058

Wirtschaftliche Lage

Ein einziger Berliner Scherbenhaufen

VON KARL DOEMENS UND MARKUS SIEVERS

Berlin. Es hört sich an, als riefte der Mann mit dem gegelten Haar die Massen zu Mai-Demonstrationen auf. Tatsächlich sitzt vorne auf dem Podium kein Aufwiegler in Nadelstreifen. Es ist Wirtschaftsminister Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU), der die Wirtschaftsprognose der Bundesregierung vorstellt. Minus sechs Prozent beim Bruttoinlandsprodukt, fast eineinhalb Millionen mehr Arbeitslose innerhalb von zwei Jahren, ein Einbruch des Exports.

Was Guttenberg an diesem Mittwochmittag vor der Presse berichtet, ist schrecklich. Doch so düster die Eckwerte der offiziellen Frühjahrprognose erscheinen, so offensichtlich ist, dass sie nur die halbe Wahrheit wiedergeben. Das ganze Desaster wird deutlich bei einem Vortrag, den Ministerkollege Peer Steinbrück kurz vorher hinter verschlossenen Türen im Bundeskanzleramt gehalten hat.

Unter dem Punkt "Verschiedenes" ergreift der SPD-Politiker bei der Kabinettsitzung unerwartet das Wort. Kurz weist er auf die Termine für die Aufstellung des Bundeshaushalts 2010 hin. Ende Mai sollen die Chefgespräche geführt werden. Für irgendwelche Ausgabenwünsche gebe es keinerlei Spielraum, warnt der Kassenwart.

Ein Konjunktureinbruch um sechs Prozent, mahnt Steinbrück nach Teilnehmerangaben, werde "voll durchschlagen" auf alle öffentlichen Haushalte. Schon im laufenden Jahr müssten Bund, Länder und Gemeinden Mindereinnahmen von 20 bis 30 Milliarden Euro verkraften.

Horrormeldungen

Nach der Steuerschätzung im Mai will Steinbrück einen Nachtragshaushalt vorlegen, den zweiten in diesem Jahr. Finanzpolitiker der Koalition hatten in den vergangenen Tagen geunkelt, die Neuverschuldung 2009 könne von ursprünglich erwarteten acht Milliarden auf etwa 50 Milliarden Euro hochschießen. Doch Steinbrück setzt auf die Horrormeldung noch einen drauf. Mit 70 bis 80 Milliarden Euro Neuverschuldung rechne er für das laufende Jahr. Die Ministerkollegen folgen den Ausführungen wortlos.

Steinbrück habe kurz, prägnant und eindringlich gesprochen, berichten Augenzeugen. Er verkneift sich Emotionen in jenem Augenblick, in dem klar wird: Sämtliche Erfolge aus drei Jahren Haushaltskonsolidierung sind zerstört. Der wortgewaltige Kassenwart wird als Schuldenmeister vor Theo Waigel in die Geschichtsbücher eingehen. Dessen Negativrekord aus dem Jahr 1996 steht bei 40 Milliarden Euro - dies könnte Steinbrück glatt verdoppeln.

Mit eingerechnet sind dabei allerdings die Belastungen aus den beiden Schattenhaushalten, die Steinbrück zur Krisenbewältigung geschaffen hat. Der Bankenrettungsfonds Soffin kommt mit einem Kreditrahmen von maximal 80 Milliarden Euro für die faulen Papiere der Geldhäuser auf.

Mit dem Tilgungsfonds bezahlt der Bund die kommunalen Investitionen und die Abwrackprämie aus dem

ARBEITSGRUPPE ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK

zweiten Konjunkturpaket - dafür wurden mit der Aufstockung der Abwrackprämie gerade die Mittel von 21 auf 25 Milliarden Euro erhöht. Dramatisch sind die Einbußen, die Steinbrücks Beamten von der Steuerschätzung Mitte Mai erwarten.

Bei ihrem jüngsten Treffen im November sagten die Experten dem Staat noch ein Einnahmeplus von 1,8 Prozent für 2009 voraus. Damals aber unterstellten sie ein Wirtschaftswachstum von 0,2 Prozent. Gegenüber dieser Prognose muss sich der Staat auf mindestens 40 Milliarden Euro weniger einstellen, rund die Hälfte davon geht zu Lasten des Bundes.

Noch brutaler wird es 2010. Denn dafür stammt die letzte Steuerschätzung aus den goldenen Tagen im Mai 2008. Umso drastischer dürfte die Abwärtskorrektur ausfallen. Nach ersten Hochrechnungen im Finanzministerium läuft es für 2010 auf 80 Milliarden weniger Steuern hinaus.

Jede Spekulation über ein drittes Konjunkturprogramm ist damit geeignet, Steinbrücks Puls ebenfalls auf ungeahnte Höhen zu treiben. Als "Unsinn" weist auch Guttenberg alle Forderungen nach mehr Geld zurück. Für ein Bündnis linker Ökonomen, die Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, repräsentieren diese Politiker damit das neoliberale "Weiter so", das sie seit mehr als 30 Jahren bekämpfen. Zwar habe die Bundesregierung ihren Kurs massiv korrigieren müssen, meint der Gelsenkirchener Wirtschaftswissenschaftler Heinz Bontrup von der Arbeitsgruppe. Sie wolle so aber nur die alten Strukturen restaurieren.

In ihrem Memorandum 2009 fordern die alternativen Wissenschaftler ein radikales Umsteuern mit einem mindestens 500 Milliarden schweren staatlichen Investitionsprogramm (verteilt auf fünf Jahre), mit einer Vermögensteuer, einer Verstaatlichung der Banken und einem massiven Ausbau sozialer Leistungen. Die Finanzkrise in den USA sei der Auslöser, nicht der Grund für den wirtschaftlichen Absturz, meint Bontrup. Der sei nur zu erklären durch die Umverteilungspolitik von unten nach oben, bei der weltweit Löhne gedrückt und Finanzanlagen gepöppelt worden seien.

Die Bundesregierung belässt es gleichwohl bei Korrekturen im System. Arbeitsminister Olaf Scholz (SPD) will das Kurzarbeitergeld noch einmal verlängern, diesmal von 18 auf 24 Monate, und die Arbeitgeber weiter entlasten. Vom siebten Monat an soll die Bundesagentur für Arbeit den Arbeitgeberanteil an den Sozialbeiträgen komplett und ohne Gegenleistung übernehmen. Bislang war dies nur möglich, wenn die Beschäftigten die Zeit zur Weiterbildung nutzen. Diese Bedingung für eine volle Beitragsfreiheit soll nur noch für die ersten sechs Monate gelten.

taz

<http://www.taz.de/1/zukunft/wirtschaft/artikel/1/forscher-warnten-vor-langer-krise/>

Wissenschaftler rüffeln Regierung

Forscher warnen vor langer Krise

Alternative Wirtschaftswissenschaftler fordern mehr staatlichen Gestaltungswillen. VON BEATE WILLMS

BERLIN *taz* Die Bundesregierung hat die Dimension der Krise nicht verstanden. Das ist die Botschaft des "Memorandums 2009", das die Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik am Mittwoch vorstellte.

"Wer glaubt, dass die Krise in ein, zwei Jahren vorbei ist, hat von Ökonomie nicht viel Ahnung", sagte Heinz-Josef Bontrup, Professor für Wirtschaftsrecht an der Fachhochschule Gelsenkirchen. Er forderte einen "sozialen und ökologischen Umbau des Systems".

Neu an der derzeitigen Situation sei "das zeitgleiche Auftreten von tiefer Rezession, finanzieller Kernschmelze, fortschreitender Umweltzerstörung und sozialer Polarisierung", heißt es im Memorandum. Dafür gebe es nur eine Lösung: mehr Staat. Dazu gehöre jedoch "deutlich mehr Gestaltungswillen", als die Bundesregierung mit ihrer reaktiven Politik zeige.

Konkret will die Arbeitsgruppe den Finanzsektor wieder zu einer Dienstleistungsbranche umgestalten. Die Politik begründe ihre Milliardenhilfen für die Banken schließlich damit, dass "ein funktionierendes Finanzsystem ein öffentliches Gut ist", sagte die Bremer Finanzprofessorin Mechthild Schrooten. Garantiert werden könne dieses Gut aber nur, wenn der Staat die Banken übernehme und deren Geschäftspolitik kontrolliere. "Haftung und Entscheidungsgewalt gehören in eine Hand", sagte Schrooten.

Für den Umbau der Wirtschaft fordert die Arbeitsgruppe in den kommenden fünf Jahren jährlich 110 Milliarden Euro. 75 Milliarden davon sollen in Infrastruktur wie Schulen, Krankenhäuser und auch entsprechende

ARBEITSGRUPPE ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK

Personalausgaben investiert werden, 18 Milliarden in öffentlich geförderte Beschäftigung. Mit den restlichen 17 Milliarden könnte das Arbeitslosengeld II angehoben und so der private Konsum angekurbelt werden.

Das Geld soll kurzfristig über Neuverschuldung aufgebracht werden, bevor das Steuersystem mittelfristig so umgebaut werden kann, dass Vermögende und Unternehmen wieder einen höheren Anteil übernehmen müssen. Die von der Bundesregierung geplante Schuldenbremse sei völlig falsch - und "borniert", sagte Bontrup. Schließlich bedeute sie nicht anderes, als künftige Fiskalpolitik zu verbieten. Das Argument, dass Schulden künftige Generationen belasteten, lässt er nicht gelten. Zum einen hätten auch diese mehr davon, eine funktionierende Infrastruktur zu erben als eine ausgedünnte oder verrottete. Zum anderen gingen neben den Schulden schließlich auch die Forderungen auf sie über.

Junge Welt

<http://www.jungewelt.de/2009/05-02/022.php>

»Neoliberalismus wird neu definiert«

Die »Memorandum-Gruppe« hat ihr jährliches Gutachten zur wirtschaftlichen Entwicklung vorgelegt. Ein Gespräch mit Mechthild Schrooten

Peter Wolter

Mechthild Schrooten ist Professorin für Volkswirtschaftslehre an der Hochschule Bremen. Sie ist Mitglied der »Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik«, auch als »Memorandum-Gruppe« bekannt.

Alljährlich zum 1. Mai legt die »Memorandum Gruppe« ihr Gutachten zur wirtschaftlichen Entwicklung vor. Letztere schien ja vor einem Jahr noch in ruhigen Gewässern zu dümpeln – jetzt stehen wir plötzlich vor einer weltweiten Katastrophe. Welche Antworten finden Sie darauf in der aktuellen Analyse?

Zunächst einmal kritisieren wir die gängigen Erklärungen zu den Ursachen der Krise und die damit verbundenen Politikempfehlungen. Wir kommen jedenfalls zu einem ganz anderen Ergebnis: Wir befinden uns in einer umfassenden Krise, die weit mehr als das internationale Finanzsystem erfaßt – hinzu kommen nämlich eine konjunkturelle, eine soziale und eine ökologische Krise. Um aus dieser Misere herauszukommen, kann es also nicht allein darum gehen, möglichst große Konjunkturprogramme aufzulegen. Vielmehr müssen sich die gesellschaftlichen Strukturen grundlegend ändern.

Konjunkturprogramme haben unseres Erachtens nur dann einen Sinn, wenn sie zu einer nachhaltigen Ökonomie führen. Ein Ansatzpunkt dafür wäre, daß die Demokratisierung des Wirtschaftsprozesses vorangetrieben wird.

Was hat Nachhaltigkeit mit Demokratisierung zu tun?

Nachhaltigkeit heißt ja nichts anderes, als die Ressourcen auch für die folgenden Generationen zu sichern. Das ist allerdings nur möglich, wenn Entscheidungen über die Verwendung von Ressourcen auf eine möglichst breite Basis in der Gesellschaft gestellt werden. Wenn es dabei bleibt wie bisher, daß wichtige Entscheidungen von wenigen Politikern oder Managern getroffen werden, dann ändert sich auch nichts daran, daß die gesellschaftlichen Ressourcen von unten nach oben umgeschichtet werden. Damit würden die sozialen und auch die ökologischen Probleme immer gravierender.

Die Bundesregierung hat zwei Konjunkturprogramme aufgelegt, von deren Wirkung bislang kaum etwas zu spüren ist. Versickert das Geld?

Es dauert natürlich einige Zeit, bis sich diese Programme auswirken. Und falls sie verpuffen sollten, dürfte das daran gelegen haben, daß die Bundesregierung sie zu lange hinausgezögert hat. Anders ist das mit der Abwrackprämie für Autos. Volkswirtschaftlich ist diese Maßnahme unsinnig, denn es werden funktionsfähige Autos verschrottet – es wird also Vermögen vernichtet.

DGB und Linkspartei haben ein drittes Konjunkturprogramm über 100 Milliarden Euro gefordert – das »Memorandum«-Gutachten will sogar 110 Milliarden ...

Das dritte Programm wird bestimmt noch in diesem Jahr kommen. In spätestens zwei, drei Monaten wird sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt zuspritzen. Die Regierung muß dann etwas unternehmen – egal, welche Partei den Wirtschafts- und den Finanzminister stellt.

Welche Arbeitsmarktzahlen erwarten Sie?

Wenn ich jetzt Zahlen nenne, würde ich aus dem Kaffeesatz lesen. Natürlich wird versucht, die amtlich zugegebene Arbeitslosigkeit durch Kurzarbeit so lange wie möglich nach unten zu drücken. Das wird mindestens bis zur Bundestagswahl am 27. September so sein.

ARBEITSGRUPPE ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK

Ist der Eindruck richtig, daß der Neoliberalismus an Einfluß verliert und daß sich immer mehr Ökonomen auf die Theorien von John Maynard -Keynes besinnen?

Das ist leider nicht so, vielmehr erleben wir zur Zeit, daß der Neoliberalismus neu definiert wird. Ifo-Präsident Hans-Werner Sinn spricht auf einmal davon, daß eine neoliberale Marktwirtschaft nur mit strengen Spielregeln funktionieren könne. Auch die Wirtschaftspolitik hat keineswegs dazugelernt. Man will mit viel Geld das alte System wiederherstellen. Das aber führt dazu, daß die nächste Krise schon abzusehen ist.

Wie steht die »Memorandum- Gruppe« zum Thema Verstaatlichung von Banken?

Das haben wir ja schon, z.B. bei der Bank Hypo Real Estate. Verstaatlichung hat allerdings nur dann einen Sinn, wenn der Staat nicht nur für diese Bank haftet, sondern auch deren Geschäftspolitik bestimmt. Es kann nicht angehen, daß der Steuerzahler die Verluste übernimmt – und ansonsten wird weiter gewirtschaftet wie bisher.

Info: www.memo.uni-bremen.de

Mainpost

<http://www.mainpost.de/nachrichten/meinung/Kapitalismuskritik-im-Aufwind;art9517,5098873>

Kapitalismuskritik im Aufwind

Die Krise fördert die Generalabrechnung mit dem Neoliberalismus

Die weltweite Wirtschafts- und Finanzkrise stellt vieles in Frage. Die linke Kapitalismuskritik erfährt in diesen unsicheren Zeiten Aufwind – und setzt auf mehr Staat, der regulierend in die Marktmechanismen eingreift.

Seit 34 Jahren gibt es zum Frühjahrsgutachten der führenden Wirtschaftsforschungsinstitute ein Gegengutachten der „Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik“. Es wird meist kaum beachtet, doch lohnt es sich in diesem Jahr der Krise genauer hinzuschauen. Denn die Argumente der linken Wirtschaftswissenschaftler finden zunehmend Rückhalt bei den Gewerkschaften, wie man auf den Kundgebungen am 1. Mai hören konnte. Und nicht nur Linkspartei, Grüne und Teile der SPD denken ähnlich, selbst bei der Union sind Elemente in die aktuelle Politik vorgedrungen.

Die linke Kapitalismuskritik rechnet gründlich mit der „neoliberalen“ Politik ab. Hauptursache der Krise ist demnach die erfolgte Vermögensumverteilung von unten nach oben und die Privatisierung der Rentensysteme. Das erst habe jene Kapitalmasse entstehen lassen, die an den Finanzmärkten nach Rendite suchte. Gleichzeitig ließ man den Finanzmärkten freien Lauf, bis hin zu höchst spekulativen Zockerpapieren. Für Deutschland etwa stellen die Wissenschaftler ein Sinken der Nettogehälter seit 1995 um acht Milliarden auf 521 Milliarden Euro fest – bei gleichzeitigem Steigen der Einkommen aus privaten Gewinnen und Vermögen um 137 Milliarden Euro auf 584 Milliarden Euro.

Als besonders erschwerend für die deutsche Situation werten die linken Kritiker den massiven Ausbau der Exportwirtschaft. Mit dem systematischen Absenken der Reallöhne habe Deutschland die europäischen Nachbarn „in Grund und Boden konkurriert“. In der Folge sinkender Lohnstückkosten wurde man zwar sechs Mal Exportweltmeister, aber die Binnennachfrage stagnierte. Nun bricht der Export weg und der Schlamassel ist da.

Zur Finanzmarktkontrolle sind inzwischen alle Parteien und weltweit fast alle Regierungen bereit. An der Frage jedoch, ob nun umgekehrt wieder eine Umverteilung der Vermögen nach unten erfolgen muss, scheiden sich im Bundestagswahlkampf die Geister. Bei den Reichen wollen die linken Wissenschaftler ebenso wie die Gewerkschaften und die Linkspartei jenes Geld finden, das sie für die Ankurbelung der Binnennachfrage brauchen. Die „Reichensteuer“ der SPD hat das gleiche Motiv. Das alternative Gutachten schlägt ähnlich wie Gewerkschaften und Linkspartei ein gigantisches Konjunkturprogramm von 110 Milliarden Euro jährlich vor, das vor allem in Bildungsinvestitionen, höheres Arbeitslosengeld II und staatliche Beschäftigung fließen soll. Überhaupt heißt die Devise: Mehr Staat. Der Kurs der Privatisierung öffentlicher Leistungen habe zu Lohn-dumping geführt. Dass Staatsunternehmen mangels Konkurrenzdrucks schnell unwirtschaftlich arbeiten, also auf Kosten des Volksvermögens, wird unterschlagen.

Weil die Wissenschaftler wissen, dass selbst durch Reichen- und Vermögenssteuer 110 Milliarden Euro nicht zu mobilisieren ist, setzen sie auf einen „Selbstfinanzierungseffekt“ der Konjunkturprogramme und akzeptieren eine höhere Neuverschuldung. Sie nehmen also die weitere Belastung künftiger Generationen hin. Vor allem aber beantwortet dieses Politikmodell nicht die Frage, wie und wo ein Land wie Deutschland, das über

ARBEITSGRUPPE ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK

keine Rohstoffe verfügt, langfristig sein hohes Konsumniveau erwirtschaften kann. In der globalen Konkurrenz geschieht das mit Produkten, die besser und billiger sind als die anderer Anbieter. Zwar kann und muss man sicher etwas an der Vermögensverteilung korrigieren. Auch muss man die Kaufkraft gerade der unteren Schichten wieder stärken, denn dort wird nicht für Anlagen gespart, sondern unmittelbar nachfragewirksam konsumiert. Aber wenn der Kern der Wertschöpfung langfristig nicht erfolgreich ist, hilft nur noch die Gelddruckmaschine, um diese sozialen Ziele zu erreichen. Inflation aber ist das Unsozialste überhaupt.

(Gleicher Text auch in Aachener Nachrichten.)

Weitere Zeitungen:

Süddeutsche Zeitung, 30.4.2009 (nur Print)

Neues Deutschland 30.4.2009 (nur Print)

VDI Nachrichten 30.4.2009 (nur Print)

Freitag 30.4.2009 (nur Print)

Weser Kurier 30.4.2009 (nur Print)

Weitere Printmedien:

- Blätter für deutsche und internationale Politik (Heft 5/2009, Auszug aus der Kurzfassung)
- Sozialismus (Heft 5/2009, Auszug aus der Kurzfassung)
- Erziehung und Wissenschaft (Bundeszeitung der GEW, Heft 5/2009)
- HLZ (Hessische GEW-Zeitung, Heft 6/2009)

Internet (Auszug)

Nachdenkseiten

<http://www.nachdenkseiten.de/?p=3914#more-3914>

(Nr. 3)

ddp-Meldung ...

http://www.ddp.de/produkte_dienste/djn/artikel/index.php?ressort=wi&articleid=wi_02

... die u. a. auf den folgenden Seiten aufgegriffen wurde:

<http://de.news.yahoo.com/17/20090429/tbs-oekonomen-fordern-drittes-konjunktur-625dbdf.html>

<http://www.dernewsticker.de/news.php?id=109203>

<http://www.direktbroker.de/news-kurse/details/Marktberichte/ddp-Interview+Ökonom+Bo/20206461>

<http://www.wallstreet-online.de/diskussion/1138137-45981-45990/infos-fakten-news-perlen-und-rohrkrepierer>

<http://www.financial.de/news/wirtschaftsnachrichten/2009/04/30/wir-werden-noch-unser-blaues-wunder-erleben/>

<http://www.newsxl.com/index.php/wirtschaft/konjunktur-a-wettbewerb/323/20206461>

<http://www.business-wissen.de/nachrichten/artikel/oekonom-bontrup-sagt-massiven-arbeitsplatzverlust-voraus.html>

<http://www.nealine.de/news/Wirtschaft/Konjunktur/oekonomen-fordern-drittes-konjunkturpaket-1937807808.html>

ARBEITSGRUPPE ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK

http://berlin.business-on.de/oekonomen-fordern-drittes-konjunkturpaket_id7355.html

<http://www.nrw.tv/news/meldung/d2009042914012161801>

<http://www.pr-inside.com/de/ouml-konomen-fordern-drittes-konjunkturpaket-r1216879.htm>

http://www.charivari.com/wirtschaft/meldungen-wirtschaft/article/wir-werden-noch-unser-blaues-wunder-erleben.html?tx_ttnews%5BbackPid%5D=33&cHash=29427bfb95

Verweise im Internet auf die Langfassung:

<http://www.waiblingen.igm.de/news/meldung.html?id=31243>

<http://www.stuttgart.igm.de/>

<http://www.bruchsal.igm.de/news/meldung.html?id=31221>

http://www.verdi-bg-fhh.de/index.php?option=com_content&task=view&id=790&Itemid=46

<http://mikenagler.linkeblogs.de/?p=704#more-704>

<http://womblog.de/2009/05/02/memorandum-2009-von-der-krise-in-den-absturz-stabilisierung-umbau-und-demokratisierung/>

<http://hamburglinks.wordpress.com/2009/04/29/memorandum-2009-von-der-krise-in-den-absturz/>

<http://www.sozialpolitik-aktuell.de/finanzierung-berichte.html#berichte-von-forschungsinstituten>

<http://dnzs-wirtschaft.blog.de/>

Interview mit Herbert Schui im Reutlinger Generalanzeiger

<http://www.gea.de/detail/1251263>

Radiosendung mit Heinz-J. Bontrup:

rbb, 30.4.2009, 22.04 Uhr

http://www.kulturradio.de/programm/sendungen/090430/perspektiven_2204.html